

Pressemitteilung

ABV-Mitgliederversammlung

- Versorgungswerke haben Finanzmarktkrise gut überstanden**
- gegen Quellenabzugsverfahren bei der Rentensteuerung**

im Internet:

<http://www.abv.de>

1 Leipzig, 14.11.2009. Die berufsständischen Versorgungswerke der Angehörigen der verkammerten Freien Berufe (Ärzte, Apotheker, Architekten, Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater bzw. Steuerbevollmächtigten, Tierärzte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Zahnärzte sowie Psychotherapeuten und Ingenieure) haben die Finanzmarktkrise aufgrund ihrer diversifizierten Anlagestrategie und auch deshalb, weil sie nie in sogenannte Subprime-Anlagen investiert waren, gut überstanden, erklärte jetzt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e.V. (ABV), RA Dr. Ulrich Kirchhoff anlässlich der jüngsten Mitgliederversammlung seiner Organisation. Die ABV ist die Spitzenorganisation aller 89 in Deutschland bestehenden Versorgungswerke der Angehörigen der verkammerten Freien Berufe. Nach Kirchhoffs Angaben stellt allerdings das gegenwärtig niedrige Zinsniveau und die festgestellte deutlich verlängerte Lebenserwartung der Mitglieder der Versorgungswerke diese vor erhebliche Herausforderungen. Von der neuen Regierungskoalition erwartet Kirchhoff keine Bedrohung des Systems der berufsständischen Versorgung im Sinne einer Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung. Allerdings befürchten

Belegexemplar erbeten

verantwortlich:

Michael Jung
ABV-Pressestelle
Postfach 51 05 11
50941 Köln
Tel.: 0221/376 10 71
Fax: 0221/376 10 73

19 die Versorgungswerke, so ihr Vorsitzender, dass am Ende der Verabre-
20 dungen im Koalitionsvertrag zur Vereinfachung der Rentenbesteuerung
21 ein Quellenabzugsverfahren stehen könnte. Die Versorgungswerke wür-
22 den sich, so Kirchhoff, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen
23 zur Wehr setzen, die Steuern direkt von der Rente einzubehalten und an
24 die Finanzverwaltung abführen zu sollen. Für die Versorgungswerke
25 entstehe hierdurch, so Kirchhoff, erheblicher Mehraufwand, sie würden
26 gezwungen, Parallelstrukturen zu denjenigen der Finanzverwaltung auf-
27 zubauen. Außerdem sei, so der ABV Vorsitzende, zu berücksichtigen,
28 dass die Versorgungswerke bereits erhebliche finanzielle Mittel aufge-
29 wandt hätten, um das gesetzlich normierte Rentenbezugsmitteilungsver-
30 fahren umzusetzen, die dann sinnlos verausgabt wären.

31

32 30 Zeilen á ca. 65 Zeichen

Neue Anschrift ab 01. Januar 2010:

Postfach: 08 02 54, 10002 Berlin
Luisienstraße 17, 10117 Berlin
Tel.: 030/800 93 100, Fax: 030 800 93 10 29